

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.08.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Gas um jeden Preis?</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 07.08.2024</i> .....	3
2   <b>Suche nach einem Endlager für Atommüll verzögert sich um Jahrzehnte</b> <i>deutschlandfunk.de, 07.08.2024</i> .....	5

📰 Süddeutsche Zeitung | 07.08.2024 | S. 5

📄 Auflage: 118.941 | Reichweite: 553.264

👤 Michael Bauchmüller, Georg Ismar

## Gas um jeden Preis?

*Interne Mails belegen, wie viel die Bundesregierung unternommen hat, damit über Rügen LNG importiert wird. Doch der Start lässt auf sich warten.*

**Berlin/Mukran** – Die Sonne ist gerade über der Ostsee aufgegangen, feinsten weißer Sand erstreckt sich am Strandabschnitt 74 bei Prora. Ein Badeparadies, das auch Surfer lieben. Doch seit Wochen blickt man hier auf einen Schiffskoloss, der in Sichtweite an der Kaimauer des Industriehafens Mukran liegt. An manchen Tagen ist laut Anwohnern auch der Lärm drüben in Mukran nicht zu überhören. Lange konnte es in dieser wohl umstrittensten Geschichte zur Errichtung neuer Flüssigerdgas-Terminals nicht schnell genug gehen. Eilverfahren, ignorierte Bürgersorgen, Warnungen vor einer Gasmangellage – auch das Kanzleramt machte Druck. Doch nun, wo es richtig losgehen soll, ist es mit der Eile nicht mehr so weit her.

### Mehrfach versuchte die Deutsche Umwelthilfe, das Projekt zu Fall zu bringen

Seit diesem Montag dürfen die beiden Terminal-Schiffe *Enercos Power* und *Neptune* Gas einspeisen, doch die Sache verzögert sich. Grund seien „noch nicht abgeschlossene Abstimmungsmaßnahmen mit verschiedenen Partnern“, heißt es bei der Betreiberin, der Deutschen Regas. Man gehe dennoch davon aus, „kurzfristig“ in den Regelbetrieb zu gehen. Das dürften auch all diejenigen hoffen, die in den vergangenen Monaten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, damit das Terminal kommt – allen voran Beamte in deutschen Ministerien bis hinauf zum Kanzleramt.

Wie sehr dort ganze Stäbe auf das umstrittene Projekt vor Rügen hingearbeitet haben, belegen interne Mails aus der Bundesregierung, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen; die Deutsche Umwelthilfe hatte den Einblick in die Unterlagen verlangt. Demnach gab es allein im Bundeswirtschaftsministerium mehrmals wöchentlich Videokonferenzen, um das Fortkommen des Projektes zu besprechen. Interne Mails begannen mit der Anrede „Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter“, und als Ende vergangenen Jahres Behörden – trotz der Laichzeit des Herings – eine längere Bauzeit für die Pipeline zum neuen Terminal billigen, schreibt ein Beamter des Wirtschaftsministeriums:

„Großartig! Wir robben uns weiter voran ...!“

Mehrfach hatte vor allem die Umwelthilfe versucht, das Projekt vor Gericht zu Fall zu bringen, jedes Mal ohne Erfolg. Denn das Terminal steht unter dem Schutz eines 2022 erlassenen „LNG-Beschleunigungsgesetzes“, mit dem die Einspeisung des verflüssigten Erdgases, kurz LNG, vorangebracht werden sollte. Es war die deutsche Antwort auf den Wegfall russischer Lieferungen über die Nordstream-Pipeline. Deshalb auch gilt seither eine „Alarmstufe“ in Sachen Gas.

Im Februar erkundigt sich die zuständige Landesbehörde in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal, ob wirklich eine beschleunigte Inbetriebnahme des Terminals auf Rügen nötig ist, um eine nationalen Krise der Gasversorgung abzuwenden. Die Antwort kommt prompt und lautet ja: „Dies gilt umso mehr, als dass weiterhin das Risiko des Ausfalls russischer Lieferungen über die Ukraine-Route und damit verbundener Versorgungsengpässe in Südosteuropa besteht.“ Das Terminal habe „Versicherungscharakter“, schreibt das Wirtschaftsministerium.

Ganz so dramatisch allerdings ist die Lage allerdings bisher nie gewesen. In Deutschland sind die Speicher seit dieser Woche wieder zu mehr als 90 Prozent gefüllt – Anfang August. Gas war zwar schon günstiger, aber die Preise sind nach neuen Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen wieder ungefähr auf jenem Niveau angelangt, bei dem sie vor rund zehn Jahren schon lagen. Doch das Terminal *Deutsche Ostsee*, das ursprünglich mit einem Schiff in Lubmin bei Greifswald lag und nun mit zweien in Mukran den Betrieb wieder aufnehmen soll, steuert seit Monaten eher homöopathische Dosen bei. Eine Auktion, mit der Anfang Juli Kapazitäten für das Terminal versteigert werden sollten, scheiterte wegen technischer Probleme beim Betreiber der Auktionsplattform. Sie soll „voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte“ wiederholt werden, heißt es bei der Deutschen Regas.

Auch ob der „Versicherungscharakter“ sich für die Betreiber auszahlt, ist einstweilen offen. Tatsächlich laufen zum Ende des Jahres Verträge aus, mit denen Länder wie Österreich, Tschechien, die Slowakei und Ungarn mit russischem Gas über die Ukraine versorgt wurden. Versuche, diesen Transit zu verlängern, scheiterten bisher.

Ob dies aber die Nachfrage nach Gasimporten aus Rügen sprunghaft ansteigen lässt, steht in den Sternen. Ungarn etwa lässt sich auch mit der Turkstream-Pipeline über die Türkei mit russischem Gas versorgen. Die Slowakei hat vorsichtshalber LNG-Kapazitäten gebucht –im Terminal von Klaipeda in Litauen. Auch Tschechien hat Vorsorge getroffen, allerdings beim Terminal in Stade, das gerade in Bau ist. Österreich setzt zwar auf Importe aus Deutschland und Italien. Doch wurden auch in Italien, wo Gas aus Algerien und über große Terminals wie bei Venedig ankommt, gerade die Leitungen für mehr Exporte ertüchtigt. Die Konkurrenz ist groß.

### **„Hier wurde gegen alle Einwände und Argumente etwas durchgedrückt.“**

Die Hilfe allerdings auch. Im Kanzleramt wurde eigens der Ostbeauftragte Carsten Schneider (SPD) zum „Kordinator des Bundes für den Zukunftsstandort Mukran“ ernannt. Projekte wie der Ausbau der Bahnstrecke von Berlin nach Sassnitz, der „Vorpommernmagistrale“, sollten Zweifler besänftigen.

Doch der Widerstand ist eher gewachsen. „Hier wurde gegen alle Einwände, Kritik und Argumen-

te etwas durchgedrückt“, sagt Daniel Peters, CDU-Fraktionschef im Landtag in Schwerin der SZ. „Das führt zu massivem Verdruss gegenüber Politik, nicht nur auf der Insel.“ So seien „die berechtigten Sorgen um Lärm, den sensiblen Naturraum und den wichtigen Tourismusstandort“ schlicht ignoriert worden, sagt Peters. Vor allem der Ärger über den Lärm des Terminals wächst vor Ort – während Regas auf regelmäßige Messungen und den Einbau von Schalldämpfern verweist. Die zulässigen Grenzwerte seien „zu keinem Zeitpunkt überschritten“ worden, heißt es hier.

Auch die Umwelthilfe lässt nicht locker, gegen die Betriebsgenehmigung hat sie schon Widerspruch eingelegt. „Diese Industriearbeit hat die Insel nicht verdient“, sagt ihr Energieexperte Constantin Zerger. Das Projekt gehöre rückabgewickelt. Und Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD) hat just in einem Brief an Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nachgehakt, ob denn ein Gasmangel wirklich noch vorherrscht.

Die Begeisterung von Bundes- und Landesregierung für das Projekt hat ohnehin nachgelassen. Noch bei der Eröffnung des Vorgänger-Terminals in Lubmin im Januar vorigen Jahres drehten Kanzler Olaf Scholz und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) fleißig am Gashahn. Diesmal fehlt von einem großen Bahnhof jede Spur. Wobei ja auch keiner weiß, wann der Regelbetrieb eigentlich beginnt.

### **Seit dieser Woche darf das Terminal-Schiff Enercos Power im Hafen von Mukran Gas einspeisen.**

 deutschlandfunk.de | 07.08.2024 WEBLINK**DEUTSCHLANDFUNK-RECHERCHE**

## Suche nach einem Endlager für Atommüll verzögert sich um Jahrzehnte

*Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Stoffe in Deutschland dürfte Jahrzehnte länger dauern als bisher bekannt. Das besagt ein Gutachten im Auftrag des zuständigen Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Es stammt vom Freiburger Öko-Institut und liegt dem Deutschlandfunk vor.*

Danach könnte ein Standort im besten Fall in fünfzig Jahren benannt werden. Gesetzlich vorgesehen ist eine Festlegung allerdings schon für 2031, also in sieben Jahren. Der hochradioaktive Müll lagert derzeit in über 1.000 Castor-Behältern in Zwischenlagern an verschiedenen Orten in Deutschland. Für die Standorte Ahaus und Gorleben laufen die Genehmigungen bereits 2034 aus, für andere Lager in den 2040ern. Die Behälter sind zudem nicht für eine derart lange Nutzung in Zwischenlagern konzipiert. Ungereimtheiten rund um das Gutachten Das Gutachten wurde erst gestern veröf-

fentlicht, obwohl es dem Bundesamt seit Februar vorliegt. Ende Juli war die abschließende Fassung dem Bundesumweltministerium übergeben worden, zwei Tage nach einer Anfrage des Deutschlandfunks zur Existenz der Studie. Der parlamentarische Staatssekretär des Umweltministeriums, der Grünen-Politiker Gesenhues hatte noch Anfang Juli auf eine Anfrage der Unionsfraktion schriftlich geantwortet, ein Abschluss des Forschungsprojektes werde wohl nicht vor 2025 erfolgen.